



GUTE INDUSTRIEARBEITSPLÄTZE JETZT

Die Industriebeschäftigten fordern die Politik
zum Handeln auf:



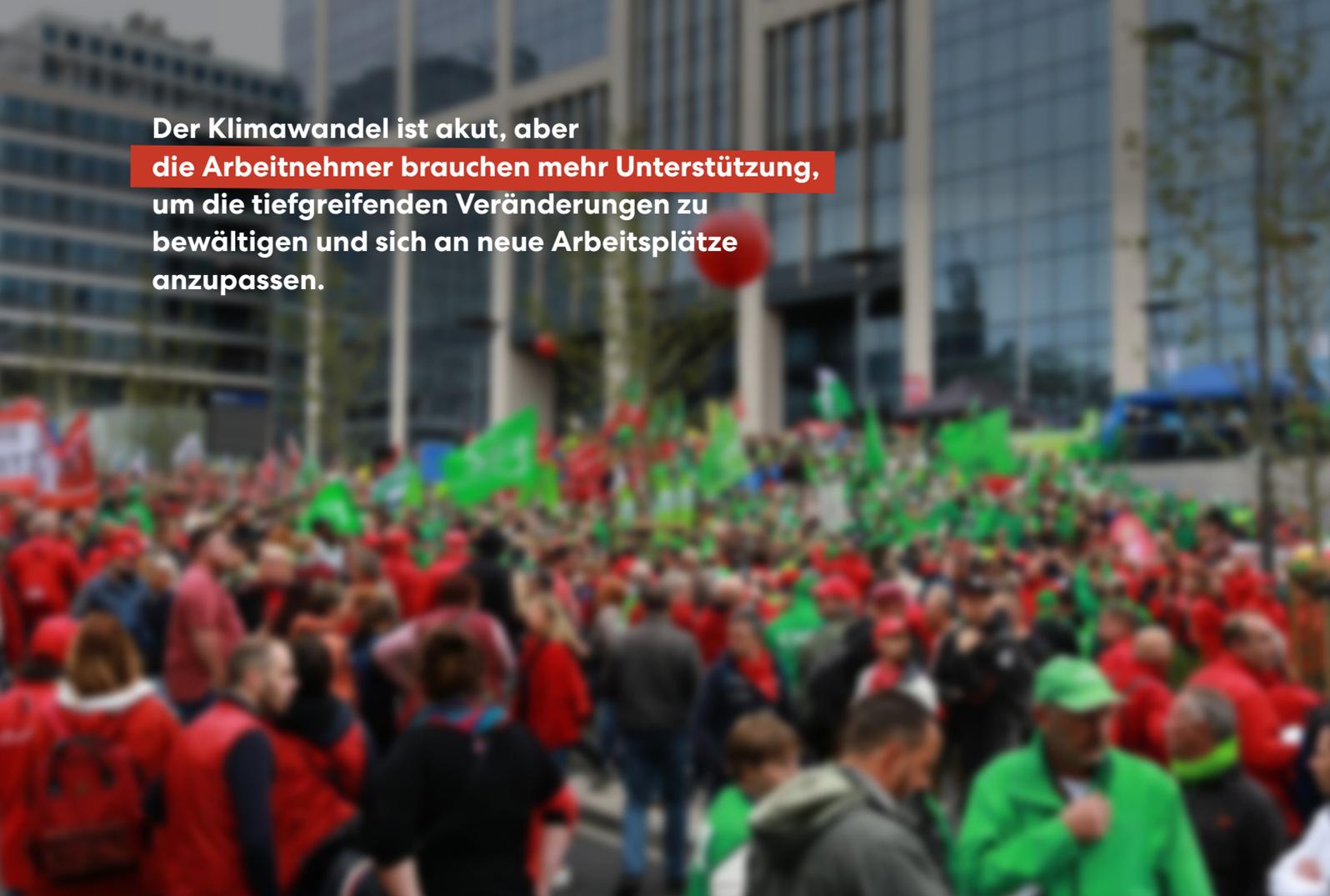
HOCHWERTIGE INDUSTRIEARBEITSPLÄTZE ALS KOMPASS FÜR DEN INDUSTRIELLEN WANDEL!

Die Europawahlen im Jahr 2024 kommen zu einem für die Industriebeschäftigten in Europa entscheidenden Zeitpunkt.

Die Industrie und die Beschäftigten in Europa befinden sich angesichts zahlreicher Krisen (Folgen der Pandemie, Unterbrechungen der Lieferketten, Krieg, Energiekrise und explodierende Lebenshaltungskosten) in einer äußerst schwierigen Lage. Die extreme Rechte ist auf dem Vormarsch.

Die Industriebeschäftigten sorgen sich um ihre Arbeitsplätze, Entgelte und Arbeitsbedingungen.

Während die Gewinne steigen, erhalten sie einen immer geringeren Anteil an den wirtschaftlichen Profiten. Dies geschieht vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung, der Dekarbonisierung und der weltweiten wirtschaftlichen Spannungen. Das europäische Handelsdefizit hat aufgrund von Energieimporten und und Verlusten im verarbeitenden Gewerbe 430 Milliarden Euro erreicht. Die dringende Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen erhöht die Komplexität, zumal der Weg zur Kohlenstoffneutralität nun gesetzlich verankert ist.



Der Klimawandel ist akut, aber **die Arbeitnehmer brauchen mehr Unterstützung, um die tiefgreifenden Veränderungen zu bewältigen und sich an neue Arbeitsplätze anzupassen.**

Die Antwort der Europäischen Kommission, der „Grüne Industriepan“ (Green Deal Industrial Plan), legt Ziele für Schlüsseltechnologien fest, lockert die Regeln für staatliche Beihilfen und konzentriert sich auf die Entwicklung von Fertigkeiten, sieht aber auch eine erhebliche Deregulierung vor. Der Plan ist in die Kritik geraten, weil er private Investoren gegenüber dem Wohlergehen der Beschäftigten begünstigt. Darüber hinaus drohen die EU-Finanzvorschriften die Situation zu verschlimmern und könnten zu Sparmaßnahmen führen. Kurzum, wir stehen vor einer Situation, in der aggressive Deregulierung und kostengünstige Wettbewerbsfähigkeit die Industrie zu schwächen und soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu vertiefen drohen.

Aber es gibt einen anderen Weg!

Angesichts der zunehmenden Instabilität **brauchen wir dringend einen proaktiven europäischen Industriepan, der gute Industriearbeitsplätze schafft.**

Ein Plan, der auf Investitionen, Solidarität, hochwertigen Arbeitsplätzen und Innovation beruht und im Einklang mit unseren Klimaverpflichtungen steht.

IndustriAll Europe, der europäische Verband der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und im Energiesektor, der 7 Millionen Arbeitnehmer*innen in 39 Ländern vertritt, schlägt **acht Lösungen** vor, um diesen Plan in die Praxis umzusetzen.

1. RECHTSSTAATLICHKEIT BEDEUTET, DASS DIE RECHTE DER BESCHÄFTIGTEN UND DER GEWERKSCHAFTEN GEACHTET WERDEN

Die industrielle Demokratie ist die Grundlage der bürgerlichen Demokratie. Sie ist die Grundlage für ein starkes, widerstandsfähiges Industriegefüge in Europa. Unser Versammlungs- und Streikrecht sowie das Recht, Gewerkschaften beizutreten, sind nicht verhandelbar. Die Europäische Kommission muss sie in allen Mitgliedstaaten verteidigen. Union Busting oder Repressalien gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern sind nicht hinnehmbar.

2. DIE POLITIK MUSS SICH AN EINEM KOMPASS FÜR GUTE ARBEITSPLÄTZE ORIENTIEREN

Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt sollte die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Qualität der Beschäftigung zu verbessern, Tarifverhandlungen zu stärken, die Kaufkraft zu erhöhen sowie die Weiterbildung und Umschulung der vorhandenen Arbeitskräfte zu fördern und so gerechte Übergänge innerhalb und zwischen den Branchen zu gewährleisten. Dies muss durch einen EU-Rechtsrahmen für einen gerechten Übergang für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet werden, um die Antizipation und Bewältigung der anstehenden Veränderungen in unseren Industrien sicherzustellen.

3. SCHULUNG/ QUALIFIZIERUNG FÜR BESCHÄFTIGUNGSSICHERHEIT

Alle Arbeitnehmer*innen müssen das Recht auf hochwertige Schulung/Qualifizierung haben. Möglichkeiten des lebenslangen Lernens in allen Phasen der beruflichen Laufbahn sind der Schlüssel, um die Erosion von Fertigkeiten zu verhindern und die Beschäftigungssicherheit aller Beschäftigten bei industriellen Übergängen zu unterstützen. Weiterbildung/Qualifizierung muss sich auf die Lernergebnisse konzentrieren und - wann immer möglich - zu einer Qualifikation führen, die durch transparente und eindeutige Anerkennungs- und Zertifizierungssysteme, die eine Vergleichbarkeit ermöglichen, validiert wird.

4. EINE ECHTE AGENDA FÜR INDUSTRIEINVESTITIONEN FÜR ALLE REGIONEN, OHNE BLANKOSCHECKS

Wir brauchen einen echten, ausreichend großen europäischen Investitionsplan für saubere technologische Wertschöpfungsketten mit Solidarität als festem Grundsatz und einen Plan für gute Arbeitsplätze für jede Region. Die Verwendung von staatlichen Beihilfen als Hauptquelle für die öffentliche Finanzierung der Industrie birgt die Gefahr einer weiteren Fragmentierung des Binnenmarktes und einer noch größeren Ungleichheit zwischen Ländern und Regionen. Soziale Auflagen müssen sicherstellen, dass die durch politische Instrumente, staatliche Beihilfen oder EU-Mittel gewährte Unterstützung zu hochwertigen Arbeitsplätzen in Europa führt, die durch starke und stabile Arbeitsbeziehungen untermauert werden. Öffentliche Gelder sind nicht dazu da, exzessive Dividenden, CEO-Boni oder Aktienrückkaufprogramme zu subventionieren.



5. EIN RECHT AUF ENERGIE FÜR ALLE, ZU HAUSE UND AM ARBEITSPLATZ

Dank einer europäischen Energiepolitik, die den Zugang zu dekarbonisierter, erschwinglicher Energie sicherstellt. Es bedarf einer tiefgreifenden Reform der Regulierung des Energiesektors, die den Bedürfnissen der Haushalte und unserer Industrie gerecht wird.

6. GUTE ARBEITSPLÄTZE ENTLANG DER LIEFERKETTE SIND DIE VORAUSSETZUNG FÜR GLEICHE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN AUF INTERNATIONALER EBENE

Es müssen faire Handelsbedingungen zwischen der EU und ihren Wirtschaftspartnern geschaffen werden, einschließlich aller Anstrengungen, um unter Einhaltung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Menschenrechte in Drittländern gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Dekarbonisierung und Partnerschaften für die Rohstoffversorgung zu gewährleisten.

7. POLITIKKOHÄRENZ FÜR DEKARBONISIERUNG UND KREISLAUFWIRTSCHAFT OHNE DEINDUSTRIALISIERUNG

Genauere Beobachtung der EU-Klima- und Energiepolitik und ihrer Auswirkungen auf die Industrie, um die Rechtsvorschriften gegebenenfalls zu überarbeiten und anzupassen, ohne das Ziel der Emissionsminderung und der Förderung der Kreislaufwirtschaft zu untergraben.

8. NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS

Sozialer Dialog und die Beteiligung der Beschäftigten auf allen Ebenen (betrieblich, sektoral, national und europäisch) sind für den Aufbau widerstandsfähiger Industrien unerlässlich. Eine europäische Beobachtungsstelle für gerechte Übergänge ist erforderlich, um den doppelten Übergang unter voller Beteiligung der Gewerkschaften zu begleiten.



Neuigkeiten unserer Kampagne sind hier abrufbar:

www.industrial-all-europe.eu